

Bezugsbedingungen und Anzeigenspreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Cindenkstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-295  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vormärts

## Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Vormärts-Verlag GmbH.  
Berlin SW. 68, Cindenkstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

NO Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Der Faschismus in Tobsucht.

### Vorzeichen der Agonie.

Rom, 7. November. (W.B.) „Giornale d'Italia“ schreibt in einem Leitartikel, welcher die in den letzten Tagen vorgenommenen Gewalttätigkeiten der Faschisten kommentiert, daß zwar der Minister des Innern alles aufbiete, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, und in diesen Bemühungen von den beiden liberalen Kabinettsmitgliedern sowie von den Ministern des Krieges und der Marine und sogar auch von einigen faschistischen Ministern kräftig unterstützt werde, daß aber der Ministerpräsident und die faschistische Partei von dieser Mäßigung nichts wissen wollen. Das mache den Eindruck, als ob es in Italien nicht eine, sondern zwei Regierungen gebe. Ein solcher Zustand könne nicht länger andauern, und die Parteien, welche gegen alle Gewalttätigkeiten seien, dürften dem nicht länger untätig zusehen.

Der Gegensatz zwischen den Vereinigungen der Kriegsteilnehmer und Kriegsoverstümmlen einerseits und der Regierung und der faschistischen Partei andererseits verschärft sich immer mehr, wozu nicht nur der Angriff am 4. November, sondern auch persönliche Angriffe des „Popolo d'Italia“ gegen die Leiter dieser Vereinigungen beigetragen haben. Die Kriegsoverstümmlen und Kriegsteilnehmer haben jetzt beschlossen, ihren Generalkonvent einzuberufen, um zu der geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Nach den Blättern werden beide Vereinigungen verlangen, daß die faschistische Partei und die Regierung die Angelegenheit des 4. November öffentlich klären und besser regieren.

„Secolo“ ermahnt die Regierung, den Streit beizulegen, und den Bruch mit den beiden Vereinigungen zu vermeiden.

Rom, 7. November. (W.B.) In Brescia wurden gestern Abend Faschisten auf der Rückkehr von einer Siegesfeier von Unbekannten angegriffen. Zwei Faschisten wurden leicht verletzt. Als heute früh dort der sozialistische Abgeordnete Piotta auf dem Rathaus in einer Wohnungsangelegenheit erschien, wurde er von einem faschistischen Deputierten aufgefordert, sich zu entfernen, und als er sich weigerte, ins Gesicht geschlagen und von anderen Faschisten aus dem Rathause getrieben.

Bonzio di San Sebastiano, Inhaber der goldenen Tapferkeitsmedaille und Präsident der Kriegsteilnehmervereinigungen der Provinz Rom, reichte in einem Brief an Mussolini seine Entlassung aus der faschistischen Partei ein mit der Begründung, daß die Faschisten bei dem Umzug am 4. November die Kriegsteilnehmer beleidigt hätten.

Rom, 7. November. (W.B.) „Tribuna“ meldet, daß bei Ronferrato die Reihe eines Faschisten aufgefunden wurde. Die mutmaßlichen Täter sind verhaftet. Das Blatt meldet weiter, daß gestern Abend in Neapel zwischen Faschisten und den Mitgliedern der Vereinigung „Italia Liberata“ eine Schlägerei stattgefunden hat, bei der ein Faschist getötet wurde.

Rom, 7. November. (W.B.) Das Gericht von Pisa hat zwei Kommunisten, welche im August 1922 den Faschisten Turchi ermordeten, in Abwesenheit zu je 30 Jahren Zuchthaus verurteilt.

## Landarbeiter und Brotwucher.

### Gaben die deutschen Landarbeiter einen Vorteil von den Getreidezöllen?

Von Wilhelm Bernier,

Vorstandsmitglied des Deutschen Landarbeitervorbandes.

Die agrarische Presse bemüht sich nachzuweisen, daß durch die Einführung des Schutzzölles auf die agrarischen Produkte auch die Landarbeiter einen Vorteil hätten. Diese Behauptung ist nicht neu. Sie wurde bereits in der Vorkriegszeit geübt. Die Mitglieder des Bundes der Landwirte, des Vorläufers des heutigen Reichslandbundes, setzten sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammen. Pastoren, Lehrer, Kaufleute, Personen, die nur irgendwie mit der Landwirtschaft in Berührung kamen, Handwerker, ja selbst Arbeiter waren neben dem Klein- und Großbesitz in diesem Bunde vertreten. Die wirklichen Nutznießer des Bundes der Landwirte, die Großgrundbesitzer, gebrauchten diese Schichten zur Erreichung ihrer wirtschaftlichen und politischen Forderungen. Mit Hilfe dieser Massen war es den Agrariern möglich, ihren Willen durchzusetzen. Diese ländlichen Schichten haben sich leider bisher von den Großgrundbesitzern trennen lassen.

Es gibt auch heute noch Kleinbesitzer und Arbeiter, die immer noch mit den Agrariern zusammengehen, ganz besonders in der Zollfrage. Auch der christliche Zentralverband der Landarbeiter mit seinen deutschen nationalen Abgeordneten Behrens, Hüller, Meyer an der Spitze ist bereit, sich für die Getreidezölle einzusetzen und betätigt sich vollkommen im Sinne des Landbundesgedankens. In Wirklichkeit haben weder die Arbeiter noch die häuerlichen Besitzer bis zu den Mittelbauern einen Vorteil von den Getreidezöllen. Nur die ganz großen Betriebe, die in den meisten Fällen auf Körnerbau angewiesen sind, haben einen Gewinn vom Zoll. Für die Klein- und Mittelbetriebe wirkt der Getreidezoll ebenso verteuern wie auf alle anderen Schichten der Bevölkerung. Die Viehzucht wird meistens von kleinen und mittleren Besitzern betrieben. Diese haben durch die Einführung der geplanten Schutzzölle zum Teil noch Schaden, indem sie noch Futtermittel zukaufen müssen. Aber auch bei den größeren Betrieben ist es sehr zweifelhaft, ob sie wirklich auf die Dauer einen Vorteil von den Getreidezöllen haben.

Nach der Ansicht der Großgrundbesitzer sollen nun die Arbeiter ebenfalls einen Nutzen von den Getreidezöllen haben. In demagogischer Weise sagt man den Landarbeitern, daß sie nur dann einen höheren Lohn bekommen könnten, wenn die landwirtschaftlichen Betriebe durch die Einführung der Zölle leistungsfähiger würden, ebenso hätten die Arbeiter auch infolge ihres hohen Körnerdeputats ein Interesse an der Einführung der Zölle. Derartige Versprechungen sind von den Großgrundbesitzern immer dann gemacht worden, wenn man glaubte, die Arbeiter als Vorpann zur Durchführung der agrarischen Ziele zu benutzen. Es geschah auch bei der agrarischen Forderung der Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft. Nachdem die Zwangswirtschaft aufgehoben war, dachte kein Arbeitgeber mehr daran, das Versprechen der ländlichen Arbeiterschaft gegenüber zu erfüllen. Im Gegenteil verlangte die landwirtschaftlichen Unternehmer, genau wie in der Industrie, Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung.

In diesem Jahre ist fast nirgends der Lohn erhöht worden. Die Landwirte lehnen auch jetzt noch eine ausreichende Erhöhung der miserablen Löhne fast durchweg ab. Dies geschieht, trotzdem die Getreidepreise in den letzten Monaten eine ganz große Steigerung erfahren haben.

Wenn die Agrarier es mit ihren Versprechungen ehrlich gemeint hätten, und wenn man den Arbeitern wirklich helfen wollte, so wäre angesichts dieser gewaltigen Preissteigerung die Möglichkeit zur Lohnerhöhung vorhanden gewesen. Die Landarbeiter haben auch längst eingesehen, was sie von diesen Versprechungen ihrer Arbeitgeber zu halten haben. Immer mehr dringt jetzt wieder die Auffassung durch, daß nur durch organisatorischen Zusammenschluß es möglich sein wird, den Arbeitgebern höhere Löhne abzurufen.

Die Landarbeiter in ihrer großen Mehrheit treten deshalb auch nicht für höhere Getreidepreise ein. Sie sehen hierin keine Verbesserung, sondern eine weitere Verschlechterung ihrer Lage, weil sie genau wissen, daß durch Getreidezölle automatisch die gewerblichen und industriellen Bedarfsartikel verteuert werden. Es bedarf in dieser Beziehung nur eines Hinweises auf die Kleider, Schuhwerk und Haushaltsartikel.

Ebenso verhält es sich mit der Behauptung, die Deputatsarbeiter hätten durch den Verkauf ihres Körnerdeputats ein größeres Einkommen bei höheren Getreidepreisen. Wie steht es hiermit in Wirklichkeit? Der allergrößte Teil der ländlichen Arbeiter bekommt Körnerdeputat überhaupt nicht oder nur in so kleinen Mengen, daß er hiervon nichts verkaufen kann, sondern noch zukaufen muß. Als Deputanten kommen im höchsten Falle 10 Proz. aller landwirtschaftlichen Arbeiter in Betracht. Die Freiarbeiter, die Frauen und ebenso die jugendlichen Arbeitskräfte erhalten meistens keine oder nur ganz geringe Deputate. Wie sich das Körnerdeputat in Deutschland gestaltet, ist aus den Tarifverträgen ersichtlich. Es erhalten die Deputanten pro Jahr zwischen 3 und 33 Zentner.

Dieses Körnerdeputat ist für die Deputantenfamilie berechnete. In einigen Provinzen muß von diesem Deputat auch noch der von dem Deputanten zu stellende Hofgänger, das ist eine jugendliche Arbeitskraft, die der Gutsbesitzer stellen muß, miternährt werden. In dem Deputat liegt weiter ein Teil der Bezahlung der Arbeitskraft der Deputantenfrau, die verpflichtet ist, eine bestimmte Anzahl Stunden im Jahre mitzuarbeiten. Wenn diese Mitarbeit nicht erfolgt, werden als Druckmittel

## Der finanzielle Wiederaufbau.

### Dawesplan und Auswärtige Anleihen.

Böln, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) Wie der „Kölnischen Zeitung“ aus New York gemeldet wird, macht die Finanzierung des Wiederaufbaues Deutschlands, die nach der erfolgreichen Unterbringung der deutschen Anleihe und mit der Gewährung einer Anleihe an die Stadt Berlin einsetzte, weitere Fortschritte. Die Stadt Böln hat ein kurzfristiges Darlehen von 2 Millionen Dollar erhalten. Auf der Grundlage der mit Berlin getroffenen Verhandlungen wird eine langfristige Anleihe erfolgen, sobald die Frage der Aufwertung der städtischen Vorkriegsverpflichtungen geregelt sein wird. Hamburg verhandelt zurzeit ebenfalls über einen Kredit. Außerdem haben Vorbereitungen stattgefunden, um für zahlreiche andere deutsche Städte Gelder flüssig zu machen.

Während die Aufwertung die Hauptaufgabe bei den Kommunalanleihen darstellt, liegt für die Finanzierung der deutschen Industrie nach Ansicht der beteiligten Finanzkreise das größte Hindernis in den sich aus dem Dawes-Plan ergebenden Verpflichtungen, d. h. in der ersten Hypothek, die bei der Industrie auf Grund dieses Planes für die Regelung der Entschuldigungsfrage ruht. Die beteiligten Finanzkreise erörtern zurzeit einen Plan, wonach die gewährten Kredite teilweise dazu dienen sollen, die Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan abzuzahlen, so daß die privaten Gläubiger alsdann die erste Hypothek auf die betreffenden Unternehmungen erhalten.

## Der Prozeß gegen die „Rote Fahne“.

### 1 Jahr 9 Monate Festungshaft beantragt.

Leipzig, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) Der letzte Prozeß in dieser Sitzungsperiode des Staatsgerichtshofes beginnt unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dehn kurz nach 9 Uhr gegen den verantwortlichen Schriftleiter der Berliner „Roten Fahne“ Apelt wegen Hochverrats bzw. Vorbereitung dazu, wegen Vergehens gegen § 8 Ziffer 2 des Republik-Schutzgesetzes und § 20 des Reichspressgesetzes vom 7. Mai 1874. Apelt hat die Artikel, welche die Errichtung der proletarischen Diktatur durch Waffengewalt fordern, nicht selber verfaßt, übernimmt aber die gesetzmäßige Verantwortung. Der Reichsanwalt sieht in diesen Artikeln öffentliche Aufforderung zur Ausführung des Hochverrats, wenn er auch dem Schriftleiter nicht als Mittäter bei diesem Verbrechen bezeichnet, weil dies händerräterische Beginnen ein Teil der Aufgaben der R.P.D.-Zentrale ist. Er hält den Angeklagten für schuldig fortgeführter Handlungen gegen § 85 des Strafgesetzbuches, außerdem der Beleidigung der Reichsfahne durch Verbreitung eines Gebächts von Heinrich Heine mit entsprechendem Zusatz der Redaktion, welche die Farben Schwarz, Rot, Gold als allgermanischen Blinder bezeichnet. Der Reichsanwalt beantragt gegen den Angeklagten in Anbetracht des Umstandes, daß der Angeklagte unbeschäftigt ist und aus politischen Gründen gehandelt hat, andererseits aber die „Rote Fahne“ das Hauptorgan der R.P.D. ist, eine Festungshaft von 1 Jahr 9 Monaten wegen des Vergehens gegen § 85, eine Gefängnisstrafe von 1 Monat wegen Vergehens gegen § 8 des Republik-Schutzgesetzes und 500 M. Geldstrafe. Von der Untersuchungshaft soll 1 Monat als verbüßt betrachtet werden.

Leipzig, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Reichsgericht verurteilte am Donnerstag den Königsberger Kommunisten Seeger wegen Waffenverschlebung zu 5 Jahren Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe. Vier weitere Mitangeklagte erhielten Gefängnisstrafen zwischen 1 1/2 Jahren und 8 Monaten.

## Die Arbeiterpartei im Vormarsch.

### Ein Wahrheitsblick Macdonalds.

London, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) Macdonald hielt gestern vor allen früheren Arbeiterministern und einem großen Teil der Arbeiterabgeordneten eine Rede. Er erklärte, daß die Kommunisten, die lediglich die Reaktion fördern, eigentlich noch größere Feinde der Arbeiter seien, als die Konserverativen. Die Arbeiterpartei sehe jetzt vor einer weitaus klaren Lage, als zu jener Zeit, als sie zur Regierung gelangte. Sie verfüge im Lande über 5 1/2 Millionen Stimmen, das heißt über eine Million mehr als vor einem Jahr. Die Liberalen hätten Selbstmord begangen. Sie würden die Verantwortung für ihren Zusammenbruch zwar auf die Arbeiterpartei abwälzen versuchen, aber zu Unrecht, denn es habe sich nicht um einen Mord, sondern um einen Selbstmord gehandelt. Man wolle jetzt dem sonderbaren Schauspiel bei, daß die Konserverativen versuchen, die liberale Partei wieder zum Leben zu erwecken und damit einen Schutzwall gegen die Arbeiterpartei aufzurichten. Ungeachtet dieser Versuches, schreie aber die Arbeiterpartei im Geist der Einigkeit und Entschlossenheit vorwärts. Als Oppositionspartei werde sie der Nation ebenso große Dienste leisten, wie als Regierungspartei. Dabei werde sie aber verstehen, ihre Opposition nach der Art von Gentlemen zu führen.

Genosse Clynnes sagte gleichfalls: Ich erkläre offen, daß wir die Kommunisten als die größten Feinde der Arbeitergemeinschaft betrachten, als größere, als die Konserverativen.

London, 7. November. (W.B.) Ueber die Zusammensetzung des neuen Kabinetts wird weiter gemeldet: Lord Salisbury Wood für Landwirtschaft, Lord Cave Lordkanzler, Sir John Gilmour für Schottland, Lord Eustace Percy Unterrichts, Neville Chamberlain für Wohlfahrt und Douglas Hogg Generalsstaatsanwalt. Hiermit ist die Ministerliste vollständig. Der Generalsstaatsanwalt war bisher nicht Mitglied des Kabinetts, andererseits waren der Generalpostmeister, der Kanzler des Herzogtums Lancaster und der Erste Kommissar für die Arbeit (drei Ernennungen, die noch nicht erfolgt sind) Mitglieder des Arbeiterkabinetts, werden aber offenbar in das konservative Kabinett nicht eingeschlossen sein.

## Interalliierte Schwierigkeiten.

Paris, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) Der „Matin“ will über die Besprechung, die am Donnerstag unter dem Vorsitz von Herriot im Auswärtigen Amt über die von der interalliierten Finanzkonferenz zu regelnden Fragen stattgefunden hat, folgendes erfahren haben: Der Nettoüberschuß der Ruhrbesetzung und der Pfändereploit soll 651 Millionen Goldmark betragen, seine endgültige Regelung bzw. Verteilung stoße auf besondere Schwierigkeiten, nämlich auf die von England bekämpften Ansprüche Frankreichs und Belgiens, von diesen Einnahmen die Kosten der Ruhrbesetzung in Abzug zu bringen, und auf die Forderung Amerikas auf Rückerstattung seiner Besatzungskosten aus den Jahren 1918 bis 1921, die nach einem früheren Abkommen in zwölf Jahresraten zu tilgen sind. Ueber die Verteilung der aus dem Dawes-Plan erwachsenden Einnahmen soll England folgenden Standpunkt vertreten: Der Gegenwertwert der Zahlungen, die die Alliierten aus der Durchführung des Dawes-Planes zu erwarten haben, betrage rund 34 Milliarden Goldmark. Der in 2,7 auf 8 Proz. festgesetzte Anteil Belgiens würde sich auf 2,7 Milliarden belaufen, von denen Belgien auf Grund seiner Priorität bereits über 2 Milliarden erhalten hat. Da infolgedessen der belgische Anteil eine starke Schmälerung erfährt, kann der Anteil der anderen Gläubiger erhöht werden. Darüber hinaus aber sei aus dem finanziellen Ergebnis des Dawes-Planes noch die Schuld zu begleichen, die Belgien während des Krieges bei seinen Alliierten aufgenommen habe. Da dies zu einer sehr beträchtlichen Verzögerung der Befriedigung der eigentlichen Reparationsgläubiger führen würde, schlägt England vor, daß Belgiens Ansprüche um 50 Proz. herabgesetzt werden.

von dem Deputat Abzüge vorgenommen. In Süd- und Mitteldeutschland gibt es Deputanten im eigentlichen Sinne nicht.

Um ein übersichtliches Bild zu bekommen, haben wir für die Ernährung einer vierköpfigen Familie 20 Zentner Getreide pro Jahr berechnet. Als Selbstversorgung kamen während der Zwangswirtschaft auf den Kopf der ländlichen Bevölkerung pro Monat 12 Kilogramm Roggen und 5 Kilogramm Gerste. Dies waren pro Jahr 16,32 Zentner. Da aber mit diesem damaligen Satz bekanntlich keine Landarbeiterfamilie ausgekommen ist, ist unser jetzt angenommener Satz von 20 Zentnern nicht zu hoch bemessen, zumal das Brot das Hauptnahrungsmittel des ländlichen Arbeiters ist. Für die Fütterung eines Schweines muß der Deputatarbeiter ebenfalls mindestens 4 Zentner im Jahre haben. Es müssen also von dem tariflichen Körnerdeputat mindestens 24 Zentner als für den persönlichen Verbrauch in der Wirtschaft einer Arbeiterfamilie in Abzug gebracht werden. Bei dieser Berechnung zeigt sich nun folgendes Bild:

In Bayern, Württemberg, Westfalen, Rheinprovinz, Hessen-Raffau, Thüringen, Freistaat Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hannover und in der Provinz Brandenburg bekommen die Deputanten nach dieser Darstellung nicht so viel Körnerdeputate, wie sie zur Erhaltung ihres Hausstandes benötigen. Sie können sich von diesen Körnern nicht selbst ernähren, sondern müssen, vor allen Dingen, wenn sie Viehhaltung haben, die sich in manchen Fällen nicht nur auf die Schweinehaltung beschränkt, noch Getreide zukaufen. Die Landarbeiter aus diesen ebengenannten Gebieten haben also auch keinerlei nominelle Mehreinnahmen durch einen Schutz Zoll auf landwirtschaftliche Produkte zu erwarten. Sie werden im Gegenteil, weil sie zukaufen müssen, noch geschädigt. In diesen Bezirken, z. B. in Mitteldeutschland bewirtschaften die Landarbeiter meistens noch in ihrer länglichen freien Zeit Pachtland. Da aber mit der Einführung der Getreidezölle auch der Wert von Grund und Boden steigt, müssen diese Arbeiterschichten dann höheren Pachtzinsen zahlen. Den Nutzen von dem Zoll hat also auch in diesen Fällen nicht der Arbeiter, sondern der Pächter. Es bleiben also nur die Provinzen Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Schleswig-Holstein und der Freistaat Mecklenburg-Schwerin übrig, wo vielleicht der Deputat einen Ueberschuß an Getreide infolge seines hohen Deputats hat.

Bei der Berechnung haben wir einen Schutz Zoll von 2,50 M. pro Zentner Roggen, wie er in der Begründung eines Entwurfs über Zölle von der Regierung verlangt wird, angenommen. Wir sehen aus den von uns errechneten Zahlen, daß die Mehreinnahme des Deputanten, wenn er wirklich von seinem Getreide etwas verkaufen sollte, überhaupt keine Bedeutung hat. Die von den Agrariern behaupteten Mehreinnahmen der Landarbeiter würden betragen in Mecklenburg-Schwerin pro Jahr 22,50 M., während in Schlesien als niedrigster Satz ganze 2,50 M. pro Jahr in Betracht kommen. Aber auch diese Sätze sind noch zu hoch angegeben, denn wir rechnen mit dem Börsenpreis. Wenn ein Deputat von seinem Getreide etwas verkauft, dann bekommt er in Wirklichkeit nicht den Preis, der an der Berliner Börse maßgebend ist, sondern er wird immer zu einem bedeutend niedrigeren Preis verkaufen müssen.

Unsere Berechnung, die sich auf Tatsachen stützt, zeigt, daß es purer Schwundel ist, wenn man der Landarbeiterschaft durch agrarische Milchmädchenrechnungen einredet, daß sie einen Vorteil von den Getreidezöllen hätte. Es ist deshalb Pflicht der Landarbeiter, gemeinsam mit den Industriearbeitern für die Nicht Einführung der Zölle zu stimmen. Aber nicht nur der Landarbeiter, sondern auch die kleinen Landwirte, für die man in gleicher Weise eine Aufrechnung machen könnte, sollten endlich einsehen, daß ihre Interessen nicht von den Großgrundbesitzern, die ihre Vertretung in den Reichsparteien sehen, vertreten werden. Es ist Aufgabe der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, in den Kreisen der ländlichen Bevölkerung diese Wahrheiten zu verbreiten. Die Landarbeiter und Kleinbauern können ihre Interessen nur dann richtig wahrnehmen, wenn sie am Tage der Reichstagswahl den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme geben.

## Deutschnationale Außenpolitik. Mit England gegen Frankreich.

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht einen programmatischen Auffass, in dem sie sich lebhaft gegen jede Verständigung mit Frankreich wendet, dafür aber den Engländern den Rat gibt, sich aus der europäischen Politik nicht ausschalten zu lassen. Sie bezeichnet die Politik der Verständigung mit Frankreich als sozialdemokratisch, während die von ihr empfohlene Politik wohl als die offiziell deutschnationale zu gelten hat. Im einzelnen führt sie aus:

Wir lehnen eine Verständigung mit Frankreich nicht aus irgendwelchen Sentiments oder theoretischen Grundfällen ab, sondern wir lehnen sie ab, weil eine solche „Verständigung“ mit Frankreich in Wirklichkeit nicht möglich ist. Erst nachdem wir ohnmächtig am Boden liegen, sind wir von Frankreich einer Verständigung für würdig befunden. Wie wäre Frankreich bereit, sich auf gleich und gleich mit uns zu verstehen. Frankreich wird der nehmende Teil in einer solchen Ehe sein. Die Freundschaft zwischen Wolf und Schaf pflegt damit zu enden, daß der Wolf das Schaf frisst und dieses damit den verdienten Lohn empfängt, daß es ein Schaf war.

Der Vergleich des deutschen Volkes mit einem Schaf scheint uns einer „nationalen“ Zeitung wenig würdig zu sein, er ist außerdem auch ganz falsch. Wir haben zum Deutschen Reich mit seinen 60 Millionen Einwohnern, zum Deutschen Volk mit seinen 80 Millionen Volksgenossen, mit seiner Intelligenz und seiner Arbeitskraft mehr Vertrauen und meinen, daß es dem französischen „Wolf“ verdammt schwer fallen sollte, einen solchen Bissen zu verdauen. Darum haben wir vor der Verständigung zwischen den beiden Nachbarvölkern, die selbstverständlich zwischen Gleichberechtigten erfolgen muß, nicht die hysterische Angst wie die Deutschnationalen.

„Kontinentalpolitik“ im Sinne eines kontinentalen Bundes gegen England hat die Sozialdemokratie nie getrieben und wird sie nie treiben. Aber ebensowenig wird sie der Illusion eines englisch-deutschen Bündnisses gegen Frankreich nachlaufen, wie sie den deutschnationalen „Westpolitikern“ offenbar vorschwebt. Wir sind überhaupt nicht der Ansicht, daß sich zwei Völker zusammenschließen sollen, um ein drittes abzulehnen, sondern wir meinen, daß der Zweck internationaler Verständigungen die Erhaltung des Friedens ist. In diesem Sinn treten wir für die deutsch-französische Verständigung ein, und wir wissen, daß jeder vernünftige Engländer im Interesse seines eigenen Landes, das ein befriedetes Europa zur Wiederaufrichtung der eigenen Wirtschaft dringend braucht, mit dieser Politik ganz einverstanden ist.

Schließlich darf auch nicht vergessen werden, daß wir die sich anbahnende Lösung des Ruhrkonflikts nicht Herrn Baldwin und den englischen Konservativen, sondern viel eher Herriot und den französischen Sozialisten und Radikalen und uns vom Poincarismus befreien.

## Eine Entdeckung Stresemanns.

„Es gibt keine demokratische und keine konservative Außenpolitik.“

Seitdem Stresemann sich den Deutschnationalen verschrieben hat, hat seine Außenpolitik mehr als eine Meile zu verzeichnen gehabt. Er kündigte feierlich den Widerruf der „Kriegsschuldfrage“ an, aber der offiziellen Ankündigung folgte die Tat nicht. Die Aktion versetzte auf dem Wege nach London und Brüssel. Ähnlich war es in der Völkerbundfrage. Man versicherte die Bereitwilligkeit Deutschlands, in den Völkerbund einzutreten. Aber den Worten folgten keine Taten, und die Aktivität Stresemanns in dieser Richtung endete mit einer Blamage, wie sie ein Staatsmann nicht jeden Tag erlebt. Graf Rehler wurde als offizieller Verbindungsmann nach Genf geschickt, um nach seiner Ankunft verbündet zu werden. Es entspann sich jenes auffehrendernde Duell zwischen Lord Parmoor und Herrn Dr. Stresemann, wobei man nicht behaupten kann, daß die Art, wie Stresemann dem Vertreter Englands entgegentrat, zur Hebung des

deutschen Ansehens beigetragen hätte. Ueberall machte sich der deutschnationale Einfluß in der Außenpolitik bemerkbar und sorgte nicht nur für Unsicherheit, sondern auch für Blamage.

Nun hat Stresemann vor Vertretern seiner Partei in Dessau eine Rede gehalten, in deren Verlauf er über seine Außenpolitik nach dem amtlichen Bericht folgendes ausführte: „Soweit die Außenpolitik Erfolge gehabt habe, seien sie nicht zugeflossen durch die Befolgung der Idee der Atmosphärenschöpfung durch Bezeugung guten Willens, sondern auf der Grundlage des Prinzips: Leistung gegen Leistung, auf der die Londoner Vereinbarungen aufgebaut seien. Es gebe keine demokratische und keine konservative Außenpolitik, sondern es könne für jeden Außenminister nur eine Außenpolitik geben, die die Lebensinteressen des deutschen Volkes wahre, indem sie sich weder von der Illusion einer Macht- und Resandepolitik, noch von der Illusion einer allgemeinen Völkerbeglückungspolitik leiten lasse.“

„Es gibt keine demokratische und keine konservative Außenpolitik.“ Das ist eine Entdeckung, zu der man den Außenminister beglückwünschen darf. Aber wie steht es, wenn man sie unter die Lupe nimmt?

Die Deutschnationalen wollten an den Anfang der Londoner Verhandlungen den Widerruf des sogenannten Schuldgeständnisses setzen. Die demokratischen Parteien dagegen hielten es für eine Torheit, diese Frage in einem Augenblick zu erörtern, in dem es darauf ankam, zu einer Verständigung über das Reparationsproblem zu gelangen. Aber es gibt keine demokratische und keine konservative Außenpolitik, jagt Stresemann.

Die Deutschnationalen wollten den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sabotieren. Die demokratischen Parteien erklärten sich für einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Aber es gibt keine demokratische und keine konservative Außenpolitik. Sagt Stresemann.

Und wie steht es mit der Bezeugung des guten Willens, mit dem Prinzip Leistung gegen Leistung? Die Deutschnationalen haben sich jahrelang gegen die Erfüllungspolitik erklärt. Sie sind heute noch gegen eine Politik der Bezeugung des guten Willens. Wie soll sich das Prinzip Leistung gegen Leistung durchsetzen, wenn der gute Wille zur Leistung fehlt? Aber es gibt keine demokratische und keine konservative Außenpolitik, wenn man Herrn Dr. Stresemann folgen soll!

Stresemanns Rede in Dessau war eine Bürgerblockade. Sie ist der beste Beweis für den Unfinn einer Bürgerblockregierung. Einen Bürgerblock, der die Politik aller bürgerlichen Parteien unter einen Hut bringen könnte, gibt es nicht. Es gibt nur zwei: entweder eine demokratische oder eine konservative Regierung. Und der Bürgerblock ist der Deckmantel für eine konservative Regierung, mögen auch verworrene Phrasen darüber hinwegzutäuschen versuchen.

## Konferenz der Finanzminister.

Nachdem in der vorigen Woche Vertreter der Länderregierungen mit dem Reich über die Frage der Aufnahme von Auslandskrediten durch Länder und Gemeinden und über die Steuererleichterungen verhandelt hatten, ohne daß es ihrer gelang, eine abschließende Einigung herbeizuführen, sind heute vormittag 11 Uhr im Reichsfinanzministerium die Finanzminister der Länder zu einer Konferenz mit der Reichsregierung zusammengetreten. Wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, ist der Zweck dieser Verhandlungen nur, eine Einigung über die noch strittigen Fragen herbeizuführen, wobei es namentlich auch darauf ankommen dürfte, den durch den bayerischen Widerspruch gegen die Verordnung des Reichspräsidenten über die auswärtigen Ansehen der Länder und Gemeinden entstandenen Konflikt zu beseitigen.

Koranyi, das ehemalige Mitglied deutscher Parlamente, später oberster Richter in Ungarn und jetzt Reichsminister, hat des vielgeleitete Warschauer Blatt „Kocospolonia“ (Republik) ausgehakt. Darauf schieden sämtliche Redakteure aus und gründeten die „Warszawianka“ (Die Warschauerin).

## Die Dichter.

Von Walter G. Dschilewski.

Wo sie wohnen? In dieser Frage gibt ein Kobold, lacht und antwortet: Wo sollen die Dichter wohnen als hochoben, wo sich die letzte Treppe stößt? Wo anders, als in den Gartenhäusern ohne Gärten? Unter den Dächern, daran die Sterne stoßen, unter dem Himmel, darin die Wolkberge fallen? Ihre Zimmer sind wie Spitzwegs Poetenbild. Die Luft darin wie ein Arno-Holz-Gedicht. In der Ecke eine Kiste mit Büchern, im Spiegel der Waldstille die prominenten Kollegen, im Kleiderschrank ein Häufchen schmutziger Wäsche, auf den Tisch Manuskripte und ein Heringsrest — und dann noch ein hüpfendes Herz oder eine leuchtende Seele. So haufen, eingeschlossen zwischen Himmel und Erde, zwischen Leierkastenmusik und Kindergeschrei, zwischen Hoffen und Warten und Arbeit, hineingeworfen in Hunger und Not, noch heute unsere Dichter.

Raum lohnt es sich zu ergötzen, daß es auch noch andere gibt. Kellere Gymnasialisten, diätetische Baronessen. Solche, die seidene Kleider tragen und ihre Verleger bezahlen. Die Weine trinken und Braten essen und mit vollem Magen Lyrik schreiben. (Ich habe mir sogar lassen lassen, daß ewig Sattie Glendogrit schreiben.) Mittags stehen sie auf und haben schon die Literatur im Munde. Ihre Väter haben Willen und können die Erfindungslosigkeit ihrer talentierten Söhne in Seide binden lassen. Wenn die Sonne im Abend schaukelt wie ein roter Kinderluftballon, müssen sich die jungen Herren von der Arbeit geräteten, Anzügen holen, und sie gehen darum ins Nachbalkett. Bei reich ausgelegtem Taschengeld wächst die Poesie. Es gibt auch solche Dichter.

Aber es gibt auch Leute, die wollen uns glauben machen, die Bohemiens seien verschwunden. Diese Leute, die das großsprecherisch verstanden und sich wohl fühlen und glauben, damit etwas Neues zu wissen, sind meist die Abgeschnittenen, die wir von allen Lebensparten her kennen — ihnen scheint die Zeit seit Kriegsende stillzustehen oder zu schnell zu gehen. Sicher sind die Schlapphüte und schlappen Sommerjacken verschwunden, und es gibt Dichter, die lakke Köpfe haben. Abgesehen von den Poeten, die zwischen Schutt und einer Manuskriptkiste fest verhungert sind, lebt dieser Typus aber immer noch wie seit Murgers Pariser Jägerzeit. Solange noch Literatur in den Adern fließt und die Feuerlöcher schmelzen, solange noch Mut und Aussicht auf Gefahr und Erlebnis in den Gliedern hoch, solange werden auch die Bohemiens leben. Lefter: nimm den Schwermut der Seele, die Traumbäume der Jünglingsherzen dazu und den Atem einer Zeit zusammen, bündele diese drei und du hast den glühendsten Feuerstrauch der lebendigen Dichter.

Ich richte an diese Zeit keine Frage, wie lange die Dichter noch warten sollen, daß ein Volk sie hört. Diese Hoffnung gehört zu den verlorenen Stellungen eines Lebenskampfes. Ich frage auch

nicht, ob unsere heutigen Dichter ruhig sterben gehen sollen. Aber ich werfe die Erklärung einer Jugend in die Zeit, die sagt, daß die Welt ohne Reibungen langweilig sein würde. Ende und Abschlüsse sind immer langweilig. Starke Naturen, und nur diese gehen für die Zukunft, sind dazu geboren, den gärenden Kosmos auf den Schultern zu tragen wie Atlas die Erdkugel trug. Starke Naturen sind dazu geboren, auf dem Nachfeld des ewigen Frühlings die Schmach zu kämpfen, die sie zu Rannen einer Zukunft schlägt.

Nur — ganz leise gesagt —, wenn ein Dichter wieder einmal verhungert sein soll und in der Verfallstille des Lebens steht, so soll das den Bürger ein wenig aufmerken lassen. Wenn der Dichter auch keine Aussicht hatte, in die Literaturgeschichte der Universitätsprofessoren zu kommen — er sollte es doch nicht darauf ankommen lassen. Es wird nicht notwendig gewesen sein. . . .

Wenn die Nacht über die Stadt hereinbricht und an den Ecken der Oktoberstraßen die kleinen Mädchen frieren, dann können wir sehen, wie sich die Fenster der Dichterstuben öffnen — nahe den Sternen. Der Ruf eines späten Vogels fällt dann oft in ihre Seele, jedes einzelnen Herzschoß verschwiebert sich mit den Brüdem dieser Welt.

## Hans Thoma gestorben.

Der Altmeister der deutschen Malerei, Hans Thoma, ist heute früh in Karlsruhe gestorben. Am 2. Oktober feierte er seinen 85. Geburtstag. Oder vielmehr das kunstliebende Deutschland feierte es. Der Meister selber, seit zwei Jahren bettlägerig, konnte an den Festen und Ehrungen, die man ihm bereitet, nicht mehr teilnehmen.

Als Bauernkind war Thoma im Schwarzwald geboren, und dem Schwarzwald, seiner Landschaft und seinen Menschen, ist er als Künstler lebenslang treu geblieben. Aus der Natur seiner Heimat schöpfte er die Inspiration zum Schaffen, aber er ist nie ein Naturalist gewesen, sondern alles, was er sah und erlebte, verklärte sich in seinem Gemüt zu poetischen Bildern. Er malte nicht Hügel und Tal, sondern die Stimmung der Täler, die Seele der Hügel. Und seine Menschen, die pausbackigen Kinder, die schneigen Adertierchen, die greisen Mütterchen entstammen einer Welt, die diesem irdischen Jammerland entrückt ist. Ein ewiger Sonntag scheint sie zu umgänzen und ein leiser schummeriger Hauch von Märchen- und Zaubersput webt in ihr Dasein.

Thoma verzuckerte und parfümierte nicht etwa die Natur. Seine Kunst hielt sich fern von dem verlogenen „idealisierenden“ Stil, der in der Zeit seiner Entwicklung Mode war. Sie blieb wahrhaftig, kraftvoll und männlich. Darum wurde er, nach langen Jahren des Verfallens, des Ringens, Harrens und Hungerns, gerade von dem aufkommenden Naturalismus der 1890er Jahre zuerst verstanden, gewürdigt und gefeiert, also von einer Richtung, die der seinen im tiefsten Grunde weitensfremd war. Und darum lassen die Jungen von heute ihn gelten, denn sie fühlen, daß in dieser Kunst, die immer der Ausdruck tiefsten seelischen Erlebens ist, ewigkeitswerte liegen, die sie über den Streit der Richtungen und den Wechsel der Moden erheben.

Ein ernster Künstler, dem die Kunst ein Heiligtum war, ein ehrlicher Mann, der sich selber stets treu blieb, und ein gütiger, lebenswerter Weiser ist mit dem alten Hans Thoma dahingegangen.

**Volkstheaterfestung in Frankfurt.** Die im Verband der deutschen Volkstheatervereine zusammengeschlossenen hessen-nassauischen und hessischen Volkstheater hielten am vergangenen Sonntag in Frankfurt a. M. eine gutbesuchte Delegiertenversammlung ab, bei welcher die Gründung eines gemeinsamen Bezirks für beide Hessen, den Kreis, Weimar und Waldeck beschlossen wurde. Zum Vorsitzenden wurde Herr A. Neuburg, Frankfurt a. M. gewählt, der Bezirksvorstand wurde durch Vertreter von Darmstadt und Mainz ergänzt. Die parteipolitische und konfessionelle Neutralität der Volkstheater, die Idee des von Berufsschauspielern getragenen Kulturtheaters dienen wollen, wurde erneut festgestellt. Beschlossen wurde ein Programm künstlerischer Erziehungs- und Einführungsarbeit im Sinne der Volkstheaterpflege. In dem Referate des Verbandssekretärs Hans v. Zewel, Frankfurt kam zum Ausdruck, daß die Volkstheater nur künstlerisch erstklassige Veranstaltungen darbieten darf und sich ihrer hohen Verantwortung stets bewußt bleiben muß. Gröhner, Mainz referierte über die Organisation der Volkstheater, die den Einheitspreis zur Grundbesitz hat. Einen Aufschwung nahm die Bewegung in letzter Zeit besonders in Darmstadt, Mainz, Weimar und Worms. Die Frankfurter Volkstheater stellte fest, daß sie dem Frankfurter Theater gegenüber am reinsten den Charakter einer wahrhaften Theatergemeinde durchführt. Neue Abmachungen mit dem Frankfurter Künstlertheater, an dem der Verband beteiligt ist, gewährleisten die Ausdehnung eines literarischen und volkstümlichen Repertoires auf die mittleren und kleineren Orte. Ferner wurde eine systematische Verbreitung der (durch Buchmarken zu 1 M. von Mitgliedern zu erwerbenden) Klassikerausgaben des Volkstheaterverlages beschlossen. Mit einem Appell an die noch der Bewegung fernstehenden Orte, sich dem Ziel des Verbandes anzuschließen, endete die an praktischen Anregungen reiche und von erstem Kulturwillen getragene Tagung.

**Geist der Verklärung in der französischen Kunst.** Bei der Eröffnung des Pariser Herbstsalons haben zwei Skulpturen um ihres Gegenstandes willen besondere Aufmerksamkeit erregt. Die eine symbolisiert die Verklärung Frankreichs und Deutschlands; die andere stellt die Figur der Barmherzigkeit dar, die in ihrem Schoße den Körper eines vermundeten deutschen Kriegers hält, während ein freier französischer Soldat sich gerührt über den Feind neigt. Natürlich sind, wie die französischen Blätter zu melden wissen, im Publikum auch Neuerungen des Profettes laut geworden.

**Vorträge über Gewerbehygiene.** Das Zentralkomitee für das ärztliche Fortbildungswesen veranstaltet gemeinschaftlich mit der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene 3 Vorträge, die besonders geeignet sind, den Arzt in dieses wichtige Gebiet einzuführen. Am 11. wird Prof. Curischmann an der Universität Göttingen über die Bedeutung der allgemeinen Gewerbehygiene sprechen, am 12. Ministerialrat Prof. Roslich in München über die Bedeutung des Berufes für die Entstehung innerer Krankheiten und am 13. San.-Rat A. Vehler in Berlin über Probleme der Gewerbehygiene des Dorfes. Sämtliche Vorträge finden im Kaiserin-Friedrich-Saal statt. Beginn um 8 Uhr abends.

## Sie kriechen ins Mausloch. Deutschnationale Selbstkritik.

Die Deutschnationalen wissen, daß ihnen der 7. Dezember die Quittung für den 29. August bringen wird. Sie bemerken jetzt schon an dem schlechten Besuch ihrer Versammlungen, daß ein großer Teil der sonst „national“ eingestellten bürgerlichen Wähler den Eckel vor ihnen nicht mehr überwinden kann. Darum ist in ihrem Lager allgemein von „Wahlmüdigkeit“ die Rede, und Herr v. Freitag-Loringhoven bestreitet in der „Nationalpost“, daß dieses Wort die Kraft einer Autosuggestion gewonnen hat. Der deutschnational-völkische Professor bricht darüber in diese Klage aus:

Herr Ebert und die Seinen wissen, daß es ihnen — zum mindesten politisch — an Kopf und Krone geht. Sie kämpfen. Und das ist ihr gutes Recht. Wir aber, die wir uns national nennen, jammern, daß wir nicht mit einem Schlage das zurückgewinnen, was wir im November 1918 preisgaben. Wir kriechen faul und feige und schwachmütig in unser Mausloch und suchen unsere Erbärmlichkeit mit einem Wort zu verdecken, das außerdem an sich ein harter Anflug ist. Wenn wir wasch- und rasiermüde würden, weil man doch wieder schmutzig wird und der Bart doch wieder wächst, so siehe sich darüber noch reden. Denn dafür muß man täglich so und soviel Minuten opfern. Trotzdem waschen und rasieren wir uns vorläufig noch. Aber weil man nun zum zweiten Male im Jahr dem Vaterlande genau ebenso viel Zeit opfern soll, wie man täglich aufs Waschen und Rasieren verwendet, glauben wir von Wahlmüdigkeit reden zu dürfen. Und sind im Grunde noch ein bißchen stolz darauf.

An einer anderen Stelle meint der Professor:

Herr Ebert denkt gar nicht daran, selbst den Aft abzulegen, auf dem er, auf dem alle seine Freunde sitzen. Er ist eben — mag man jetzt über ihn urteilen wie man will — kein-deutscher Bürger, sondern ein Kerl, ist ein Mann, der weiß, was Macht bedeutet und weiß, daß man auf Macht nicht freiwillig verzichtet. Darum pleßt er auf alle parlamentarischen Bräute, darum hundertreibt er die Regierungsbildung im Juni und löst im Oktober, als ein anderer Ausweg nicht bleibt, den Reichstag auf. Er tut das ganz bewußt einig und allein deshalb, weil nur auf solche Weise der Verlust der Macht zu hindern ist. Und weil er glaubt, daß Herr Müller und Frau Schulz keine Kerle sind, sondern eben deutsche Bürger.

Richtig ist an diesen Ausführungen, daß der Reichspräsident vor den Deutschnationalen nicht ins Mausloch gestochen ist; falsch ist, daß er durch den parlamentarischen Brauch verpflichtet gewesen wäre, den Deutschnationalen die Regierung zu übergeben. Denn erstens war nicht die deutschnationale, sondern die sozialdemokratische Partei als stärkste aus den Wahlen hervorgegangen, zweitens hatte nicht die deutschnationale, sondern die kommunistische Partei den stärksten Zuwachs, und drittens ist die ganze deutschnationale Theorie, die für die stärkste Partei oder die Partei der stärksten Zunahme das Recht auf die Regierung fordert, ein verfassungswidriger Unsinn. Zur Regierungsbildung ist nach parlamentarischem Brauch nur der berufen, der nicht von vornherein im Parlament in die Minderheit geraten würde. Daß aber die Deutschnationalen nicht instande waren, für eine von ihnen oder mit ihnen gebildete Regierung eine Mehrheit aufzubringen, das haben die endlosen Verhandlungen zwischen den Parteien doch wirklich klar genug erwiesen.

Somit wird die Kritik, die Herr v. Freitag-Loringhoven gegen den Reichspräsidenten richtet, hinfällig, und es bleibt nur seine Kritik an der deutschnationalen Wählerschaft bestehen, die nach dem Urteil des freiherrlichen Professors nicht aus „Kerlen“, sondern aus „deutschen Bürgern“ besteht. Die deutschen Bürger erfahren bei dieser Gelegenheit, wie sie von deutschnationalen Freiherrn eingeschätzt werden. Sie sind eben wirklich keine „Kerle“. Wären sie das, so hätten sie den Deutschnationalen schon längst einen Fußtritt gegeben, daß es tracht, und der Freitag-Loringhoven hätte dann den allergrößten Respekt vor ihnen.

## Die Blume Japans.

Symbol der japanischen Kunst, Wappenblume und gleichzeitig Zeichen und Sinn des japanischen Lebens überhaupt mit seinen aufstrebenden Einfachheit und Stille gerichteten Bestrebungen ist das Chrysanthemum, jene Blume, die nicht durch ihren Duft bestrahlt, sondern durch die unendliche Fülle ihrer Farben und Formen jeden Blumenfreund entzückt. Lange schon hat man in anderen Ländern, und namentlich in England, die Kunst der Chrysanthemenzucht angelegen sein lassen und die schönsten Erfolge damit erzielt. Daß auch die Kunst und die Intelligenz deutscher Gärtner es versteht, Chrysanthemem von hervorragender Schönheit zu ziehen, beweist aufs Beste die große Chrysanthemenschau, die heute vormittag im Landwehrkasino am Zoologischen Garten eröffnet worden und bis zum 9. November dort zu sehen ist. Die wunderbaren Blumen in den mannigfaltigsten Variationen ihrer großen und doch so zarten Blütenolden nehmen sich eigenartig genug aus in diesen Räumen und Ecken, in denen noch überall Kaiserbilder hängen, die Büsten von Fürstlichkeiten stehen und Schachtelgemäde recht wenig passen zu dem Flor der sanften und stillen Blume. Die Deutsche Gartenbauvereinsgesellschaft, die Gruppe Berlin des Reichsverbandes des Deutschen Gartenbaues haben diese Ausstellung veranstaltet. Eine große Anzahl von Firmen aus Berlin und den Sporthorten ist in der Ausstellung vertreten, und vor allem hat man auch auf eine besonders schöne Dekoration und man möchte sagen, Inszenierung, der verschiedenen Blumen geachtet. Denn nicht nur Chrysanthemem sieht man in dieser Ausstellung, sondern auch hervorragende Exempare von Orchideen, von Alpenveilchen und Alpenweilchen in miniature, von Begonien und Kakteen. Palmen, Lorbeerzweige und andere Dekorationspflanzen umrahmen diese große Blumenschau.

Die Ausstellung wurde heute vormittag um 10 Uhr durch eine kleine Feier eröffnet. Reichsbankrat Schulze sprach einen Prolog, sodann hielt der Präsident der Deutschen Gartenbauvereinsgesellschaft, Gartenbauinspektor Ludwig Lesser, eine kurze Ansprache im Rahmen der beiden Vereinigungen, die die Ausstellung veranstaltet haben, sprach den Dank an die verschiedenen Gäste, die Vertreter der Behörden, an die Aussteller und Mitarbeiter aus, worauf zum Schluß Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf die Ausstellung eröffnete.

## Aus der Arbeit an unseren Kindern.

Das Jugendamt der Stadt Berlin veranstaltete eine Ausstellung, die ein Bild vom Kindergarten- und Kinderhortwesen geben will. Es soll gezeigt werden, wie man Kinderhorten und Kinderhorten einrichtet und was in ihnen getrieben wird. Im Hause Poststr. 16 (dicht am Volkspark) ist in drei Räumen des ersten Stockwerkes die sehr beachtenswerte Ausstellung aufgebaut, die in enger Zusammenhänge eine Fülle des Fortschreitenden bietet. Beteiligt haben sich die im Kindergarten und Kinderhortwesen arbeitenden Vereine, auch die Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Auch Firmen, die Kinderhorten- und Kinderhortbedarf liefern, sind zugelassen worden. Bei der Eröffnung, die heute vormittag stattfand, waren Vertreter

# Die Feinde des Volkes.

„Sollen sich die Hohenzollern auf Kosten des Volkes noch mehr bereichern?“ Über dieses Thema sprach Landtagsabgeordneter Genosse Otto Meier in einer Wählerversammlung in Lichterfelde. Im Strahl der Zeitungslichter führte er aus, verstimmt über das interessante und wichtige Thema der Entschädigung der Hohenzollern. In der Zeit kurzbarsten Sammers und größter Volksnot erhoben un'ere chema'ign Landessoldaten den Anspruch auf die Wiedergabe ihres „Privatvermögens“, wobei sich nur zu schnell herausstellte, daß man als Privatbesitz so ziemlich alles bezeichnete, was vom Staat als Staatsbesitz angesehen wurde. Merkwürdigerweise sahen in der Auseinandersetzungskommission des Preussischen Landtages, die vorerst nur einen Vergleichsvorschlag ausarbeiten sollte, auch schon Beauftragte der Familie Hohenzollern. Die Hohenzollern brachten „der schlechten finanziellen Lage des Staates verständnisvolle Würdigung“ entgegen. Trotzdem beanspruchten sie aber alle rentablen Güter und Forsten und verzichteten auf alles Unproduktive, verlangten aber für diesen Verzicht eine Barentschädigung von 100 Millionen Goldmark. Alle Einwände der sozialdemokratischen Fraktion dagegen wurden feinerzeit von dem Abg. v. Richter aufs schärfste bekämpft. Der Vergleichsvorschlag kam aber trotzdem nicht zustande, und jetzt kommt derselbe v. Richter, allerdings nunmehr als preussischer Finanzminister, mit denselben Einwänden gegen den Vergleichsvorschlag, die mir damals vorbrachten. Anzwischen scheiterten neue Verhandlungen mit den Hohenzollern, da diese so unverschämte Forderungen stellten, daß sie selbst dem Finanzminister zu hoch erschienen. Die Hohenzollern haben jetzt den Klageweg beschritten, so daß die ganze hochpolitische Angelegenheit zu einer ein juristischen geworden ist. Genosse Meier bedauerte, daß über die Klageobjekte in der Öffentlichkeit so wenig bekannt ist. Unter wachsender Empörung der Versammlung nannte der Redner neben vielen anderen allein 38 Landbesitzer, wie Cobinen und Dels, mit einer Anzahl von Gütern und Forsten von einer Gesamtfläche von 400 000 Morgen, 80 Schlösser und Parks, darunter die Berliner und Potsdamer Schlösser, die die Hohenzollern für sich reklamieren. Der Anspruch bezieht sich ferner auf 103 Ruhrgrundstücke in Berlin, Potsdam und anderen Städten, worunter sich auch die Staatsoper in Berlin, in Kassel, Hannover und Wiesbaden befinden. Die Hohenzollern erheben Anspruch so ziemlich auf die ganze Provinz Brandenburg, die sie in grauer Vorzeit „käuflich erworben“ haben wollen. Gegenüber diesen unverschämten Forderungen erhob Genosse Meier die Frage, ob der Repräsentant der Hohenzollern, der Mann in Doorn, nicht vor Scham in die Erde versinken müßte. Die Vermehrung ihres Besitzes ist oft durch gewöhnlichen Raub und Unterschlagung von Staats- und Gemeindegut erfolgt. Staatsgrundstücke, wie das ganze Akademikerland in Berlin, wurden nach längerem Gebrauch einfach in den Privatbesitz der Hohenzollern übergeschrieben, um dann später von Wilhelm an den Staat — wieder zurückverkauft zu werden. Das sind gemeinliche Diebstahlsfälle, die geradezu nach dem Richter schreien. Für die parlamentarische Zweignung der berühmten Schloß-Bildergalerie in Dresden, auf die der Hohenzollernsche Oberschieber auch Anspruch erhebt, hat er dem Schenkenden den Grasetitel verliehen. Hier liegt also gemöhnliche Bestechung des höchsten Beamten des Staates vor. Welche Stellung hat die Republik zu diesen Forderungen einzunehmen? fragte Genosse Meier. Die Rechtsparteien berufen sich auf die in der Verfassung gewährtesten Rechtsansprüche des einzelnen an sein Eigentum. Bei der Hohenzollernschen Auffassung von „Privatvermögen“ zu sprechen, ist eine etwas starke Verdrehung der Tatsachen. Jeder Mensch, der den Hohenzollern zugesprochen wird, erklärte der Redner, ist eine materielle Stärkung der Monarchie und eine ideale Schwächung der Republik. Eben deshalb ist die ganze Auseinandersetzung mit den Hohenzollern eine hochpolitische Frage, die viel zu wenig beachtet wird. Leider steht zu befürchten, daß den Hohenzollern von unseren Justizbehörden recht gegeben wird. Heute wollen

die bürgerlichen Parteien den Hohenzollern mehr geben als das Hohenzollernsche Hausministerium vor Jahren selbst beanspruchte. Heute steht Herrgott an der Spitze der deutschnationalen Hohenzollernfreunde, derselbe Herrgott, der damals in einem Rechtsgutachten das Krongut als Staatsvermögen erklärte. Wir Sozialdemokraten fordern ein Reichsentzugsgesetz, das auch Preußen die Möglichkeit gibt, das Vermögen der Hohenzollern zu beschlagnahmen. Deshalb wird auch die Auseinandersetzung mit dem Auszug der Hohenzollernswahlen am 7. Dezember zusammen. Sorgen wir, daß durch einen Sieg der Sozialdemokratischen Partei den Hohenzollern ein für allemal die Luft an ihren Erbschaftsprüden genommen wird.

Es wäre zu wünschen gewesen, daß gerade die rechtsgerichtete Hohenzollernfreundliche Bevölkerung von Lichterfelde, die auf ein reiches, antikes Material gestützten Ausführungen des Genossen Meier gehört hätte. So werden un'ere Genossen für weiteste Verbreitung sorgen müssen.

## „Sie lägen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip!“

mit diesem Thema veranfaßten gestern die ReuNäner Parteigenossen in der Kind-Braverei ihre zweite Versammlung. Der Redner des Abends war Genosse Adolf Hoffmann, der über „Wahlmüdigkeit“ referierte. Mit Sarkasmus stellte er fest, daß jetzt im Wahlkampf Hochkonjunktur in bezug auf Lügen herrscht. Wahlmüdigkeit ist nichts Neues. Schon vor 40 Jahren versuchten die bürgerlichen Parteien sich darin zu überbieten. Sedoch hatten sie allzu oft kein Glück damit. Ihre Wahlmüdigkeit trug ihnen immer wieder neue Freunde. Auch Wilhelm, der Schöllander, hat in den Wahlkampf durch seine Sachwalter eingegriffen. So ist ein Aufruf an den deutschen Adel erschienen, der u. a. fordert: Alles sammeln unter Schwarz-Weiß-Rot. Im übrigen streift dieser Aufruf von Lügen. Wirft man doch darin den einzelnen republikanischen Regierungen Unwahrscheinlichkeit und Unfähigkeit vor. Daß hiermit nur die sozialdemokratischen Minister gemeint sind, ist nur zu leicht zu erkennen. Dann behandelte der Redner das frühere Leben Wilhelms. Die herausgegebenen Memoiren derjenigen, die früher am Hofe vertraut verkehrten, zeigen mit aller Deutlichkeit, wie unfähig der gewesene Kaiser war, einem 60-Millionen-Volk vorzustehen. Und nun fordert man die Deutschen auf, am 7. Dezember ihre Pflicht im Sinne der schwarzweißroten Fahne zu tun. Was hierunter zu verstehen ist, braucht man nicht näher zu erklären. Aufgabe der deutschen Wählerschaft muß es sein, am 7. Dezember einen klaren Strich durch diese Rechnung zu tun. Verhindern wir am Wahltag eine reaktionäre Mehrheit, die doch nur bemüht ist, alle Lasten auf die arbeitenden Schichten abzuwälzen. Recht treffend wußte Genosse Hoffmann den Verammelten die frühere Zeit vor Augen zu führen. Wenn Wilhelm der Ehemalige heute ungeheure Millionen Goldmark Forderungen zu stellen wagt, so wird hiermit das Raubrittertum übertrumpft. Wählen wir am 7. Dezember so, daß dem „Höllender“ ein für allemal die Luft vergeht, derartige Ansprüche zu stellen. Der positiven Front der Reaktion haben wir eine geeinte Front des Proletariats entgegenzustellen. Wer hierbei absieht, steht, läßt Verrat an der Arbeiterklasse. Auf in den Kampf für die Sozialdemokratische Partei! Stürmischer Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen. Die Diskussion brachte zunächst die üblichen Wehreden der Moskauer. Glück hatten sie damit nicht. Oftmals donnerten wahre Vahlsalven durch den bis auf den letzten Platz gefüllten Saal. Derbe, aber verdiente Antworten. Landtagsabgeordneter Genosse Dr. Freund rief in berechneten Worten auf zur Bildung eines sozialistischen Blocks. Bürgerliche und Kommunisten beschloßen den Diskussionsreigen. In keinem stark mit Humor gewürzten Schlusswort fertigte Genosse Hoffmann seine Gegner ab. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie hatte auch diese Wahlkundgebung ihr Ende erreicht.

der Jugendämter und der Vereine anwesend. Stadträtin Gen. Wenzl, die Dezernentin für das Hauptjugendamt Berlin, eröffnete die Ausstellung mit einer Ansprache. Sie äußerte die Hoffnung, daß es auch auf diesem Gebiet der Fürsorge für das Kind wieder vorwärts und aufwärts gehen wird. Die Ausstellung wird hauptsächlich in Hochkreisen die verdiente Beachtung finden, sie kann aber auch den Eltern manchen wertvollen Aufschluß über die in Kindergärten und Kinderhorten geleistete planvolle Arbeit geben. Die von Kindern angefertigten Säckchen, die oft mit geringsten Mitteln hergestellt worden sind, seien der besonderen Aufmerksamkeit des Besuchers empfohlen. Geöffnet ist die Ausstellung am heutigen Freitag bis 6 Uhr, am Sonnabend von morgens 8 bis abends 6 Uhr, am Sonntag von morgens 9 bis mittags 1 Uhr.

## Das Geständnis des Roten-Kreuz-Kommissars.

Er gibt zahllose Verfehlungen zu.

Zu den skandalösen Vorgängen in der Wache des Roten Kreuzes am Schließlichen Bahnhof haben sich gestern im Polizeipräsidium auf Grund der Veröffentlichungen in der Presse zahlreiche Zeugen gemeldet, die über die Handlungsweise des vom Dienst suspendierten Kommissars Jeschke weitere Auslagen machten. Unter der Wucht dieser Beschuldigungen blieb Jeschke nichts weiter übrig, als ein Geständnis abzulegen. Er gab zu, daß er sich meist an jungen Mädchen vergangen habe, und daß er selbst nicht mehr wisse, in wievielen Fällen er sich schuldig gemacht habe. Dagegen leugnet er ebenfalls beschuldigte Gehilfe Mühle, irgendwelche unflüchtigen Verfehlungen begangen zu haben. Aber auch gegen ihn haben mehrere Zeugen recht bestimmte und ihn sehr belastende Auslagen gemacht. Die Unfallsstation, in der diese Vorgänge sich abspielten, ist in dem abgelegenen Teil des rechten Flügels des Schließlichen Bahnhofes untergebracht. Nach den ersten Meldungen sollten Reichsbahnbeamte durch ein Oberlichtfenster die in Frage stehenden Handlungen der Beschuldigten beobachten und zur Anzeige gebracht haben. Nach einer neueren Mitteilung jedoch ist die Kriminalpolizei durch einen Brief, der aus Hamburg bei ihr eintraf, auf die Dinge aufmerksam geworden. Jeschke, der erst seit einer Woche verheiratet ist, wurde zunächst auf freiem Fuß belassen, da der in Frage kommende Paragraph des Strafgesetzbuches bei seinen Handlungen nur von der Verhaftung von Beamten und Verzeihen spricht.

## Der Mittermord in der Klopstockstraße.

Die Bluttat zweier Jugendlicher, der Frau Pauline Pappe durch die Hand der beiden Stieföhne, der Frau Pappe durch die Hand der Berufungsstrafkammer des Jugendgerichts erneut zur Verhandlung. Wie erinnerlich, wurde Frau Pappe am 31. März 1923 in ihrer Wohnung Klopstockstraße 52 tot aufgefunden. Der Tod war durch Ersticken eingetreten. Die Leiche war gefesselt, zeigte Kratwunden im Gesicht und einen Aneset tief im Halse, der den Erstickenstod hervorgerufen hatte. Als Täter wurden erst nach einem Jahre die beiden Stieföhne, der Schlosserlehrling Max und der Tapeziererlehrling Kurt Pappe ergriffen, die sich so lange verkörpert gehalten hatten. Beide hatten den Eltern schon viel Kummer bereitet. Die beiden Burken gaben als Beweggrund ihrer Tat an, daß sie von der Stiefmutter sehr lieblos behandelt worden seien und daher aus dem Elternhause fliehen wollten. Als sie dabei waren, sich Sachen zur Flucht zusammenzupacken, hätte sie die Stiefmutter überrascht und sie hätten befürchtet, daß somit die Flucht vereitelt würde. In ihrer Wut hätten sie die Absicht gehabt, die Stiefmutter bemitleiden zu machen, aber nicht zu töten. Das Jugendgericht hat sie nicht freigesprochen, sondern Raub mit Todesverurteilung angeordnet und den älteren Max Pappe zu sechs und den jüngeren Kurt

Pappe zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil ist Berufung eingelegt worden. Der Tatbestand liegt ziemlich klar, so daß sich die Berufungsstrafkammer lediglich mit der rechtlichen Bewertung der Strafe zu befassen hat. Von den Rechtsanwältinnen Dr. Buppe und Dr. Max Kantorowicz wird der Rechtsstandpunkt vertreten, daß ein Diebstahl vorliegt in Verbindung mit Körperverletzung mit Todeserfolg. Als Sachverständige sind die Gerichtsarzte Sanitätsrat Dr. Leppmann und Med. Rat Prof. Fränkel geladen. Wir werden das Urteil mitteilen.

## Der Milchpreis fällt.

Die Inanspruchnahme der von der Berliner Milchverforgungsgesellschaft m. b. H. eingerichteten Ausgleichskasse in Verbindung mit dem allmählichen Niedergehen des Butterpreises ermöglicht zurzeit auch in Berlin die Herabsetzung der Milchpreise. Sie betragen von Sonnabend, den 8. November, ab für 1 Liter Vollmilch ab Laden des Kleinhandlers 33 Pfennig, für 1 Liter Vollmilch ab Berliner Ruhstoll 36 Pfennig. Der Preis für Magermilch bleibt unverändert auf 10 Pfennig je Liter bestehen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postaufgabe bei.

## Großer Zechenbrand bei Todingen.

Sobingen, 7. November. Gegen 8 Uhr früh entstand auf der Kaserne der Zechen Mont Cenis ein Brand, der zurzeit noch bekämpft wird. Leider ist bis jetzt ein Schwerverletzter zu beklagen.

Zu dem Brand auf der Zechen Mont Cenis erfahren wir weiter, daß der Brand durch Explosion eines Benzolbehälters entstanden sein soll. Der Brand wütet gewaltig, ganz Sobingen ist in Qualm gehüllt. Die Zechenfeuerwehr sowie die Feuerwehren von Herne, Castrop und Gerthe bemühen sich um die Löschung des Brandes. Man befürchtet jedoch, daß durch das Feuer noch weitere Benzolbehälter gefährdet sind.

Der Schnellzug Paris—Le Havre verunglückt. Der Schnellzug Paris—Le Havre ist gestern nacht 10 Uhr mit einem Güterzug 10 Kilometer nördlich von Rouen in einem Tunnel zusammengestoßen. Bis jetzt weiß man noch nicht, wie groß die Zahl der Opfer ist. Vier Wagen sind vollständig zertrümmert worden. Bis jetzt wurden fünf Tote geborgen.

Eisenbahnunfall bei Hamburg. Wie die Reichsbahndirektion Altona mitteilt, fuhr heute früh 7.55 Uhr der 7.14 Uhr von Homburg Hauptbahnhof abgehende Personenzug nach Hannover bei der Ausfahrt aus dem Bahnhof Horburg auf einen Rangierzug. Die Ursache war erscheinend die durch Reibeleisung verursachte Beschleunigungsmöglichkeit der Beamten. Der Materialschaden ist gering, Reisende erlitten nur leichte Verletzungen. Der Personenzug setzte die Fahrt nach zwei Stunden fort.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 7. Abt. Hauptbahnhof. Sonnabend, 8. November, abends 8 Uhr bei Barth, Reichert, 6. Sitzung der Reichsversammlung, Funktionäre und Stadtratsmitglieder.
- 107. Abt. Wilmersdorf. Die Reichsversammlung am Sonnabend, 8. November, 1/2 8 Uhr, dabei nicht die Abt. sondern bei Weyer, Straße am Falkenberg.
- 131. Abt. Reichshausen. Sonnabend, 8. November, 1/2 8 Uhr abends, Lokal Klub, Br. ebnenplatz, Funktionäre.

Reichsversammlung für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Geyer; Gemeindefortschritt: J. Kleinert; Funktionäre: Dr. John Schifano; Politik und Sonstiges: Fritz Karpf; Funktionäre: H. Glöck; Funktionäre in Berlin: Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW. 68, Lindenstraße 11/12, 1. Stock.

Verkauf nur  
soweit Vorrat

Mengenabgabe  
vorbehalten

# WOHLFALLE WOCHEN

In den letzten Tagen dieser Veranstaltung bringen wir besonders preiswerte Textilwaren aller Art

## Damen-Wäsche

Damen-Hemden Trägerform ..... von 1<sup>10</sup>  
 Damen Beinkleider geschloss., reich m. 145  
 Prinzessrücke moderner Jumperform, mit 275  
 Garnituren Hemd und Beinkleid, mit brei- 450  
 Nachthemden mit rundem Ausschnitt und 295  
 Hoblaum garniert

## Haushälterische

Küchenhandtücher Gersten- 65 Pz.  
 Stubenhandtücher Korn- 75 Pz.  
 Kissenbezüge mit Langetten... Stück 155  
 Deckbettbezüge aus Renforcé, Stück 450  
 Tischtücher Halblein u. Jacquard 550  
 Servietten Größe 60/90 cm ..... Stück 125

Handtuch- und Wischtuchreste  
mit kleinen Fehlern zu sehr billigen Preisen

## Handarbeiten

Bajazzokissen gestrichelt ..... Stück 80 Pz.  
 Quadrate gestrichelt ..... Stück 15, 20 Pz.  
 Teepuppengestell in Kopf, gestrichelt, St. 180  
 Küchenservietten billig, gestrichelt, St. 550  
 Ripskissen schwarz, gestrichelt, ... Stück 125

Morgenröcke Flausch, moderne 6<sup>00</sup>  
 Formen ..... 10<sup>75</sup>  
 Morgenröcke Flausch, eleg. 10<sup>75</sup>  
 Morgenjacken Flausch ..... 3<sup>75</sup>  
 Morgenjacken aus gemustertem 3<sup>90</sup>  
 Barbeck

## DAMEN-KLEIDUNG

Hemdbluse aus warmen Baum- 265 375  
 Jumper aus kunstseidenem Trikot in vielen 375  
 Unterrock aus Halbtuch in festen 275 390  
 warmen Stoffen

Kleid aus blauem 6<sup>90</sup> 7<sup>90</sup> 8<sup>90</sup>  
 Chevrot, mit 7<sup>90</sup>  
 Stick u. Tresse garn. im Arm  
 Kleid aus kunstseidenem Trikot 7<sup>90</sup>  
 in vielen Farben

## Kleiderstoffe

Streifen mit Kunstseide bestickt für Blusen 95 Pz.  
 Schotten doppelbreit ..... Meter 125  
 Streifen u. Schotten, 100cm breit, in vielen 185  
 Farben ..... Meter  
 Einfarb. Kleiderstoffe reine Wolle, in 220  
 viel. Farb. Meter  
 Kammgarn-Twill reine Wolle, 130cm br. 393  
 Eoienne Wolle mit Seide, ca. 100 cm breit, 550  
 in vielen Farben ..... Meter  
 Twill Kammgarn, reine Wolle, 140cm breit, 490  
 marine u. schw., f. Kleid. u. Kostüme, Mtr.

## Seidenstoffe

Helvetia-Seide doppelbreit, in vielen 410  
 Farben ..... Meter  
 Damast Halbseide, doppelbreit, in sparten 490  
 Farbentellungen ..... Meter  
 Taffet reine Seide, doppelbreit, in vielen 535  
 Farben ..... Meter  
 Crêpe de chine doppelbreit, in modernen 540  
 Farben ..... Meter  
 Crêpe marocain doppelbreit, Wolle mit 550  
 Seide ..... Meter  
 Crêpede chine schwere Qualität, 130cm br. 690  
 gr. Farbauswahl ..... Meter  
 Crêpe marocain bedruckt, 100 cm 680  
 breit ..... Meter

## Baumwollstoffe

Perkal für Oberhemden ..... Meter 58 Pz.  
 Blusenflanell gestreift ..... Meter 78 Pz.  
 Veloursbarchent ..... Meter 75 Pz.

Diwanddecken ..... Stück 9<sup>75</sup> 14<sup>75</sup> Linoleum 87 cm breit, ... pro Meter 2<sup>10</sup>

Hermann

# Tietz

Frankfurter  
Allee  
301

Frankfurter  
Allee

Im Spielwarenausstellung: „Die Reise um die Welt“

## Schürzen

Wiener u. Jumperschürzen ... 95 Pz.  
 Wiener u. Schürzen aus geblicktem und ge- 145  
 Jumper mit Samtkragen streifen Stoffen  
 Hausschürzen aus prima Water, breite 195  
 Form  
 Kleiderschürzen aus gestreiften und ge- 475  
 musterten Stoffen  
 Kinder-Schürzen Größe 145 Größe 195  
 40-60 65-90

## Herren-Kleidung

Winterulster mod. Form, 59<sup>00</sup> 65<sup>00</sup> 75<sup>00</sup>  
 gute Qualität  
 Winterpaletots a. Marengostoff 65<sup>00</sup> 72<sup>00</sup>  
 Winterjoppen mit Samtkragen 15<sup>00</sup> 19<sup>00</sup> 25<sup>00</sup>  
 Sakkoanzüge warm. Futt. 28<sup>00</sup> 39<sup>00</sup> 48<sup>00</sup>  
 Hosen einfarbig und gestreift ... 550 875 1200  
 Sporthosen Breechesform ... 550 925 1150

## Berufskleidung

In grosser Auswahl

## Kinder-Kleidung

Kinder-Kleidchen warme Barchentstoffe, 190  
 durchweg 40-45 cm lg.  
 Mädchen-Kleider 40-100 cm lg. 390  
 streifen Stoffe ..... 40 cm lang 45 Pz. mehr  
 von 2-8 Jahren  
 Knaben-Anzüge Hinknöpfenform, 875  
 kräftige Stoffe ..... 2 Jahre 75 Pz. mehr  
 für Knaben v. 2-8 Jhr., blauer 775  
 Chev., warmgefüttert, 2 Jhr. 75 Pz. mehr

Stores ..... Stück 2<sup>40</sup> 3<sup>75</sup>  
 Garnituren steifig ..... Stück 5<sup>75</sup> 7<sup>75</sup>  
 Bettdecken 2betig ..... Stück 8<sup>90</sup> 12<sup>75</sup>  
 Tischdecken gewebt ..... Stück 6<sup>50</sup> 9<sup>75</sup>

Von Freitag, den 7. November, bis Donnerstag, den 13. November

# Billiger Extra-Verkauf für kalte Tage Trikotagen · Strümpfen · Handschuhen

## Herren-Trikotagen

Herren-Normal-Hemden woll- 295  
 mischt, doppelte Brust 435, 375  
 Herren-Normal-Hosen wollge- 295  
 mischt, alle Größen 375, 335  
 Herren-Mako-Hemden doppelte 195  
 Brust 460, 335  
 Herren-Mako-Hosen in allen 295  
 Größen 375, 335  
 Herren-Einsatz-Hemden Mako 295  
 mod. 475  
 Herren-Garnituren weid. bust 395  
 Mako 490  
 Strickweste für Herren, Wolle pla- 950  
 ziert, br. u. schw. 16, 18  
 Sportwesten f. Herren u. Dam. rein. 950  
 Wolle 17, 20, 13, 30

Herren-Hüte  
in allen Weiten, moderne 4<sup>95</sup>  
 Formen u. Farben 5, 95

## Damen- u. Kinder-Trikotagen

Damen-Schluphosen Baum- 95 Pz.  
 wolle, verschiedene Farben  
 Damen-Schluphosen starke 165  
 Baumwolle  
 Damen-Schluphosen Futter 295  
 verschiedene Farben  
 Damen-Schluphosen Kunstst- 295  
 off, verstärkter Schritt  
 Damen-Unterhemden mit 95 Pz.  
 schmalem Trägers  
 Damen-Hemdrosen gewirkt, mit 295  
 schmalem Trägers  
 Kinder-Trikots weigemischt, 2<sup>00</sup>  
 60 cm, 10 cm steigend 30 Pz. mehr  
 Kinder-Schluphosen Futter, mit 195  
 Leinwand  
 Damen-Büstenhalter 95 Pz.

## Herren-Strümpfe

Herren-Sohlen Baumwoll, grau 45 Pz.  
 und farbig, Paar  
 Herr. Schweiß-Sohlen wollgem. 95 Pz.  
 grau, weiches Paar  
 Herren-Sohlen Mako, farbig und 125  
 gestreift, Paar  
 Herren-Sohlen gute, platt, Wolle, 135  
 grau, Paar  
 Herren-Sohlen grau, reine Wolle 195  
 Paar  
 Herren-Sohlen prima Seidenstoff, 195  
 gemustert, Paar  
 Herren-Sohlen Kunstseide, helle 195  
 Farben, Paar  
 Herren-Strümpfe reine Wolle, ver- 295  
 schied. Farb. Paar

## Wolle

Strickwolle reine Wolle, Eichen- 60 Pz.  
 weid. 50 Gr.  
 Landwolle grau, nicht ein- 60 Pz.  
 lanfend, 80 Gr.  
 Strickwolle Kammerwolle, 70 Pz.  
 4 Draht, 50 Gr.  
 Strickwolle prima Eiderwolle, 165  
 fein, 100 Gr.  
 Jacken- oder Jumperwolle Marke Edelwoll, in allen 95 Pz.  
 Farben, 80 Gr.

## Damen-Strümpfe

Damen-Strümpfe engl. lang, 45 Pz.  
 ohne Naht, Paar  
 Damen-Strümpfe engl. lang, 95 Pz.  
 Baumwolle, Paar  
 Damen-Strümpfe doppelbreit, 145  
 Hochfaser, Paar  
 Damen-Strümpfe engl. lang, Mako 160  
 seid., schwarz, Paar  
 Damen-Strümpfe engl. lang, prima 195  
 Seidenstoff, Paar  
 Damen-Strümpfe rein Kaschmir- 295  
 Wolle, schwarz, Paar  
 Damen-Strümpfe engl. lg. Trans- 395  
 seide, schwarz, Paar  
 Damen-Fingerringe schwarz und 35 Pz.  
 Lederfarbig, Paar  
 Baumwolle, Paar 75, 45

## Stoff-Handschuhe

Damen-Trikot-Handschuhe weiches, warme Ware, farbig und 95 Pz.  
 schwarz, Paar  
 Damen-Handschuhe feinste 135  
 Schweiß- 2 zwischen Paar  
 Imitation, mit Futter

## Stoff-Handschuhe

Damen-Strick-Handschuhe gute, prima Wolle, Paar 140  
 Herren-Trikot-Handschuhe gute, warme Qualität, feinste 120  
 Schweiß- Paar  
 Herren-Handschuhe Imitation, mit Futter, in jeder 150  
 Größe 3 von ..... Paar  
 Kinder-Handschuhe in jeder 80 Pz.  
 Größe 3 von ..... Paar

## Leder-Handschuhe

Damen-Glacé-Handschuhe mit Ringverschluss, schwarz, Paar 195  
 Damen-Glacé-Handschuhe prima Leder, mit Ringverschluss, 295  
 farbig, Paar  
 Damen-Glacé-Handschuhe Ziegen-Stoppel m. 2 Druckkn., Paar 495  
 Herren-Glacé-Handschuhe in jedem Leder, mit 1 und 2 Druck- 395  
 knöpfen, Paar  
 Herren-Nappa-Handschuhe prima Verarbeitung, Paar 495  
 Herr. u. Damen-Futter-Glacé gute Stoppel, Paar 525

## Damen- u. Mädchen-Mäntel

für Backlichte in dunklen Dessins mit schönen Garnituren und ver- 16<sup>50</sup>  
 schiedenen Ausführungen ..... 21, 30, 12, 20.  
 für Damen aus Veleur-de-laine Frauen-Mäntel Mädchen-Mäntel  
 weichen Flausch- in braun, schwarz, aus seid. Lodenstoff, 10<sup>50</sup>  
 Stoffen in vielen Mäntel mit u. ohne Gürtel, in ver- 10<sup>50</sup>  
 schied. GröÙ. 10<sup>50</sup>  
 Farben und Größen 22, 20, 24, 20 18<sup>50</sup> 28, 20, 20, 20 36<sup>50</sup> 22, 20, 24, 20 48<sup>00</sup>  
 Jede weitere Größe 25 Pz. mehr.

## Mädchen-Mäntel

in Größen 60-110 vorrätig, aus gepressten Plüschstoffen, ganz aus gem. Satin gefüttert, mit sparter Stoff-Garnierung 29,75, 27,75, 25,75, 23,75, 21,75, 19<sup>75</sup>

## Kasaks - Blusen

aus dunkelgrünem, aus und Wollestoffen Kunstseidene Halbe und dunkle  
 baumwollenen Va- mit langen und halblangen Ärmeln  
 lours mit langer u. kurzen Ärmeln in Tricot-Blusen Hemden-Blusen  
 vielen Größen in in vielen Farben- reia. Ausführungen aus vorzüg. Plüsch-  
 Ausführungen summenstellungen und Größen, helle Stoffen, auch für  
 775 690 395 1450 1250 890 975 750 590 690 495 395  
 starke Damen

Unterröcke aus weichen 295  
 halbwollenen Stoffen in vielen Aus- f. 7, 50, 6, 75, 4, 50  
 Tricotkleider m. langen Sport-Jacken in 3 Dess. 595  
 Ärm., in vielen Ausf. fern, in all. Größen, f. 5  
 24, 20, 16, 20, 14, 20 nur solange Vorrat  
 Frauenröcke für starke Damen in ge- 630  
 musterten Mänteln und schwarzen 12, 20, 14, 20, 7, 20  
 Stoffen

# Wilhelm Stein

Berlin N / 70-71 Chausseestraße 70-71

Kinderkleider aus blen. 675  
 Chevrot- Stoffen, mit langem Arm in neuwert. Ausführung, 675  
 Größe 50 Jede weit. Größe 75 Pz. mehr  
 Kleiderrocke aus farbig. 295  
 gemustert. Stoffen in vielen Aus- f. 7, 50, 6, 75, 4, 50  
 24, 20, 16, 20, 14, 20  
 Damen-Filzschmalkenspiele mit Lederbesatz 690  
 in pa. Qualität

Durchgehend von 9-7 Uhr geöffnet

Bewegungsbewegung

Früchte der Preisfunktionsaktion.

Das Oberbunbergische Ministerium hat unterm 12. September an die Handwerkskammer für den Freistaat Oberbunberg folgendes Schreiben gerichtet:

Das Einkommen der Arbeitnehmerschaft aller Berufe hat eine Höhe erreicht, die es für die Arbeitgeber noch den jetzigen Verhältnissen durchweg ausgeschloffen erscheinen läßt, weitere Lohn- und Gehaltserhöhungen zu gewähren. Trotzdem kann ein größerer Teil der Arbeitnehmer mit seinem Verdienste schwer auskommen, er muß mit schweren Sorgen in die Zukunft sehen, weil die Preise für viel Gegenstände der Lebenshaltung anstatt festzusetzen, oder sich zu senken, mehr und mehr anziehen. Die Höhe dieser Arbeitnehmer, in verstärktem Maße die der Rentienempfänger, der Erwerbslosen, Kleinstrentner, Witwen usw. wird bei dem Einkauf der Winterverkleidung besonders scharf in die Erscheinung treten und dann auch auf die zeitliche tägliche Lebenshaltung drücken. Das Ministerium bittet, diesen Fragen auch dort ständig die ernsteste Aufmerksamkeit zuzuwenden und, soweit irgend möglich, dafür einzutreten, daß die Preise sich für alles, was zum täglichen Leben benötigt wird, in angemessenen, erträglichen Grenzen halten, damit auch dem minderbemittelten Verbraucher und solchen mit geringem Einkommen eine ausreichende Versorgung zuteil werden kann (gez. R. Weber.)

Den Unternehmerführern gefiel der erste Satz dieses Schreibens so gut, daß sie es vervielfältigten und an alle Innungen und Vereinigungen schickten mit dem Ersuchen, es in der nächsten Versammlung zu verlesen und darauf hinzuwirken, daß dem Wunsche des Ministeriums entsprochen werde.

Nehmen wir an, das Ministerium habe lediglich die Absicht gehabt, die Unternehmer zu bewegen, mit den Preissteigerungen nun endlich Schluss zu machen und es habe deshalb die Einleitung zu seinem Schreiben einen Artikel der Arbeiterzeitung entnommen, um die Herren Arbeitgeber seinem Vorhaben günstig zu stimmen. Bepden Endes kommt es jedoch auf den Erfolg an.

Er zeigt sich darin, daß sich auf dem Preisgebiete nichts wesentlich geändert hat, daß jedoch in den letzten Wochen fast sämtliche Anträge der Arbeitnehmer auf Lohn- oder Gehaltserhöhung zurückgewiesen wurden.

Das Resultat der amtlichen Preisfunktionsaktion insgesamt, die dem Unternehmertum materielle Erleichterungen bot, wird kaum ein anderes Bild ergeben.

Die Fehlerquellen der amtlichen Lohnstatistik.

Wir haben uns wiederholt mit der Lohnstatistik beschäftigt, müssen, die vom Reichsstatistischen Amt veröffentlicht wird. Wir hätten es nicht getraut, wenn die erredenden Reallohne, in Vergleich gezogen zu den Forttragslöhnen, nicht ganz offensichtlich falsch wären. Bisher hat das Reichsstatistische Amt nur eine verunglückte Erwiderung veröffentlicht auf die Feststellungen, die wir bezüglich der Bergarbeiterlöhne gemacht haben. Nun beschäftigt sich die „Bergarbeiterzeitung“ vom 3. November sehr eingehend mit den Veröffentlichungen des Reichsstatistischen Amtes, soweit sie sich auf die Löhne der Bergarbeiter beziehen, wobei ausdrücklich auf die von uns gebrochene Erwiderung des Reichsstatistischen Amtes Bezug genommen wird. Die „Bergarbeiterzeitung“ kommt nach einer Untersuchung, die wir aus Raumgründen nicht veröffentlichen können, zu folgendem Schluss:

- Es ergibt sich also aus dieser Entgegnung des Statistischen Reichsamtes, daß dort:
1. in Zeilenlohn beschäftigte Bohlhauer, also gelernte Bergarbeiter, zu den „Ungelernten“ gerechnet werden;
2. der tarifliche Durchschnittslohn der Bohlhauer bzw. Gedingearbeiter für einen Mindestlohn, also für einen Mindestlohn angesehen wird, den angeblich jeder Bohlhauer im Gedinge erreichen muß;
3. auf Grund des unter 1. angeführten Irrtums man den mit 6,55 M. ermittelten Nominaldurchschnittslohn nach der Multiplikation mit 6 (Arbeitslosen) in Vergleich stellt mit den Zeilenlöhnen anderer Berufe und daß man ferner anscheinend auf Grund dieses Irrtums unterläßt, diesen Unterschied hervorzuheben. Damit wird natürlich die Deffenlichkeit irreführt über die Höhe des Zeilenlohnes der gelernten Bergarbeiter;
4. der eigentliche tarifliche Mindestlohn der Gedingearbeiter für das Ruhrgebiet und anscheinend auch für Kochen im Statistischen Reichsamte nicht bekannt ist;
5. beim Wochenlohnvergleich in den unter „Ungelernte“ angegebenen Bergarbeiterlohn der Lohn der Handwerker eingerechnet wird. Damit wird natürlich die Deffenlichkeit ebenfalls irreführt über die wirkliche Höhe des Lohnes der ungelerten Hebertage-Bergarbeiter.

Wir haben vor einiger Zeit ähnliche Fehlerquellen bezüglich der Löhne der Staatsarbeiter aufgedeckt. Hier war die Differenz eine sehr bedeutende. Bisher hat sich das Reichsstatistische Amt zu diesen Feststellungen noch nicht geäußert. Es geht nicht an und ist ganz und gar unzulässig, daß eine amtliche Stelle Rechenkunststücke aufmacht, von denen man den Eindruck hat, sie stammen von der Statistischen Abteilung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände. Wenn man den Arbeitern, die in gestrichelten und abgerissenen Kleidern mit ihren Margarineflüssen zur Arbeit gehen, „nachweist“, daß sie den Friedensreallohn erreicht, ja teilweise sogar überschritten hätten, dann müssen diese Arbeiter einen derartigen Nachweis wie eine Verhöhnung empfinden.

Die Fehlerquellen, die zu einem solchen Ergebnis führen, liegen ganz offenbar sowohl im Reichsstatistik der Lebenshaltungskosten, der Lohnlagen auf einem Lebensabergang beruht und auf der Vergütung von Zeilenlöhnen, Akkordlöhnen, sozialen Zuschlägen und garantierten Mindestlöhnen bei Akkordarbeit. Jeder Vergleich muß zu einem falschen Bild führen, wenn er zwischen ungleichen Größen vorgenommen wird. Soziale Zuschläge gab es vor dem Kriege in der Privatindustrie nur ganz vereinzelt und wurden deshalb auch nicht berücksichtigt. Die Tariflöhne waren vor dem Kriege weit weniger als heute verbreitet. Soweit sie bestanden, waren es Minimallöhne, während heute es sich in den meisten Fällen um Maximallöhne handelt. Nur in den Berufen, wo seit Monaten gute Konjunktur herrscht, ist es anders geworden. Auch die Sparne zwischen Akkord- und Zeilenlöhnen ist nicht immer und überall die gleiche gewesen.

Will man also eine vergleichende Lohnstatistik aufstellen, dann muß man erstens den Index der Lebenshaltungskosten von seinen Schäden reinigen und zweitens die angeführten Umstände bei der Entlohnung sehr sorgsam prüfen und berichtigen. Richtiglicher und wichtiger in jeder Beziehung wäre ein regelmäßiger Vergleich zwischen den Tariflöhnen, wie sie jetzt in Deutschland und in den hauptsächlichsten Industrieländern der Welt gezahlt werden. Ein solcher Vergleich allein könnte aufzeigen, ob es die Löhne sind, die die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie irgendwie gefährden.

Vertrachte Militärmusik.

Die suggestive Wirkung, welche Militärmusik und Uniformen immer noch auf manche Kreise des Publikums ausüben, dachte ein Mann mit dem nicht ungewöhnlichen Namen Fritz Müller gewinnbringend auszunutzen. Müller gehörte der Geschäftsleitung einer vor kurzer Zeit unter der Firma „Deutscher Sicherheitsdienst“ gegründeten Wack- und Schlitzgesellschaft an, die ihre Angestellten in militärisch aussehende Uniformen kleidet. Ueber Uniformen verfügte Müller also. Er fand auch Musiker, die bereit waren, sich in die Uniformen stecken zu lassen und gegen Zulassung eines Monatsgehalts von 80 M. Musik zu machen. So kam also eine Kapelle zustande, die von den Dummern, auf deren Eintrittsgeld Müller spekulierte, für eine „Militärkapelle“ gehalten werden konnte. Zunächst wurden dann in einem Lokal in der Fruchtstraße altpreussische Militärmärsche und deutschpöpstliche Weisen mit Pauken und Trompeten eingeübt. Diese Übungen fanden aber bei den Nachbarn des Lokals, die die Musikleistungen als unfreiwillige Jungenspiele mit anhören mußten, eine so ungünstige Aufnahme, daß Müller eines Tages seinen Musikern mitteilte: „Hier müssen wir schleunigst ausziehen, sonst kriegen wir die Sade vollgehauen.“

Die Übungen wurden dann in einem anderen Lokal abgehalten. Sie klappten zur vollen Zufriedenheit Müllers und sollten auch, wie dieser den Musikern versicherte, den Beifall des Direktors vom „Deutschen Sicherheitsdienst“, eines Herrn v. Jagow, gefunden haben, der sie telephonisch mit angehört habe.

Nun wurde die Pseudomilitärkapelle auf das Publikum losgelassen. In Pantow kündigten schreiende Plakate ein Konzert der „Kapelle des deutschen Sicherheitsdienstes“ an. Auf dem Programm standen „Friedericus Rex“, „altpreussische Militärmärsche“ und ähnlicher Klöppel. Auch Oranienburg wurde mit derartigen Musikaufführungen heimgesucht. Das Gehäht brachte wohl soviel ein, daß Fritz Müller ein gutes Leben führen konnte, aber für die Musiker hielten kaum ein paar Mark als Abschlag für die verprochenen Gehälter ab. Als Müller sah, daß er keinen Verpfändungen nicht nachkommen konnte, verschwand er spurlos und die Kapelle lief auseinander.

Einer der hineingefallenen Musiker klagte beim Gewerbegericht um sein Gehalt gegen die Direktion der Gesellschaft „Deutscher Sicherheitsdienst“, dem Müller heute die Musiker in den Glauben verzeht, sie seien vom „Deutschen Sicherheitsdienst“ angeheilt und ihre „Konzerte“ hätten den Zweck, für das junge Unternehmen Propaganda zu machen. Direktor v. Jagow, der die Besetzung vor Gericht vertat, versicherte dagegen, die Musikkapelle sei ein Privatunternehmen Müllers, der „Deutsche Sicherheitsdienst“ sei in keiner Weise daran beteiligt, die Uniformen der Musiker habe Müller nicht von der Gesellschaft erhalten, sondern von anderer Stelle beschafft. Müller gehöre dem „Deutschen Sicherheitsdienst“ nicht mehr an, er werde wegen Unterschlagungen, die er im Dienst dieser Gesellschaft begangen habe, von der Staatsanwaltschaft verfolgt und sei in seiner Wohnung in der Klerstraße nicht aufzufinden.

Unter diesen Umständen blieb dem Kläger nichts übrig, als die Klage gegen die Direktion des „Deutschen Sicherheitsdienstes“ zurückzugeben. Er hat nun die Möglichkeit, eine neue Klage gegen den unauffindbaren Fritz Müller einzureichen, von dem aber, selbst wenn sein Aufenthalt ermittelt werden sollte, wahrscheinlich nichts zu holen ist.

Die Gehälter im Reichsbahndirektorium.

Wir haben wiederholt Mitteilungen veröffentlicht, wonach die Gehälter der leitenden Beamten der Reichsbahngesellschaft erheblich erhöht wurden. Wie nun die Direktion mitteilt, beziehen sowohl der Generaldirektor wie auch die Direktoren vorläufig die Gehälter entsprechend ihrer bisherigen Stellung weiter. Die Festsetzung einer Entschädigung für die Verwaltungsratsmitglieder ist vom Verwaltungsrat selbst vorläufig zurückgestellt. Wir geben diese Mitteilung wieder in der Erwartung, daß der Verwaltungsrat bei Festsetzung der Bezüge vor allem die dringende Aufbesserung der unteren Gruppen wie der Eisenbahnarbeiter berücksichtigt.

Beilegung des österreichischen Eisenbahnerkonflikts?

Wien, 7. November. Die gestern bis in den späten Nachmittag zwischen der Generaldirektion der Bundesbahnen und den Vertretern der drei Eisenbahnerorganisationen geführten Verhandlungen über die Lohnfrage führten zu einer Vereinbarung, über welche die anschließend stattfindenden Versammlungen der Ber-

trauensmänner der Organisationen Beschluß zu fassen haben. Die Versammlung der deutschen Verkehrsvereine, die als unbesiegtend ab und beschloß, heute 12 Uhr nachts in den Streik zu treten, falls im Laufe des heutigen Tages keine Einigung erzielt werden sollte. Die Stellungnahme der Christlich-sozialen und der sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisationen steht noch aus. Wie verlautet, haben die christlichen Eisenbahnergewerkschaften beschlossen, mit den anderen Eisenbahnerorganisationen solidarisch vorzugehen. Die Delegierten der Freien Gewerkschaft der Eisenbahner haben gestern abend in der Plenarversammlung der Vertrauensmänner über den gegenwärtigen Stand der Lage referiert, wonach die Bundesbahnverwaltung eine Erhöhung der einmaligen Notstandsbeihilfe von 38 auf 45 Milliarden vorsehen will, die zur Hälfte jetzt und zur anderen Hälfte zu Weihnachten zur Auszahlung gelangen soll. Es wurde eine Reihe von Gegenanträgen gestellt, über die heute mit der Generaldirektion der Bundesbahnen verhandelt werden wird. In politischen Kreisen wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es durch Eingreifen der Regierung und der parlamentarischen Parteien, zwischen denen bereits gestern diesbezügliche Besprechungen stattfanden, gelingen werde, vor Ausbruch des Streiks doch noch eine Verständigung herbeizuführen.

Zum Streik in Carrara.

Mailand, 7. November. (EP.) Einige Marmorindustrielle von Carrara haben den streikenden Arbeitern die Erhöhung des Tageslohnes um 2/5 Bire bewilligt, wogegen die Mehrheit der Marmorbruchsbesitzer noch jede Erhöhung ablehnt, so daß 7000 Arbeiter im Ausstand bleiben.

Gebr. Siemens Rüstingberg! Versammlung der im Betrieb beschäftigten Parteigenossen und Beamteten am Sonntag nachm. 2 Uhr in der Scheinstraße, Berlin.

Wirtschaft

Die Erhaltung der Substanz.

Obwohl die Goldbilanzen der meisten Aktiengesellschaften, soweit sie bisher erschienen sind, den Vermögensbestand nur recht willkürlich angeben, zeigt sich doch mit wachsender Deutlichkeit, daß die Industrie in der Inflation ihr Produktionskapital wesentlich vermehrt hat. Diese Feststellung ist um so wichtiger, als die rechtsstehenden Parteien Jahre hindurch eine entschiedene Bekämpfung der Inflation abgelehnt haben und dabei behaupteten, daß die bestehenden Steuerlasten die Vermögenssubstanz der deutschen Wirtschaft angreifen und aufzehren. Jetzt kommen täglich Bilanzen heraus, die eine wesentliche Steigerung des Sachkapitals der Aktiengesellschaften anzeigen. Sogar die industriellen Verbände bequemen sich allmählich dazu, zuzugeben, daß die industriellen Gesellschaften eher gestärkt als geschwächt aus der Inflation hervorgegangen sind. So hat der Verein deutscher Maschinenbauanstalten Richtlinien für die Aufstellung einer Goldmarkteröffnungsbilanz ausgegeben, in denen u. a. zu lesen steht:

„Das Streben, nachzuweisen, daß die Bilanz erhalten würde, steht in einem gewissen Widerspruch zu dem Streben nach einer künstlichen Dividende, die ebenso hoch ist wie vor dem Kriege. Da sich wird es vielleicht in den meisten Maschinenbauaktiengesellschaften möglich sein, in der Goldmarkteröffnungsbilanz das gleiche Vermögen wie vor dem Kriege aufzuweisen, weil den Verlusten bei den Beteiligungen und Effekten, den Reserven, den Debitoren vielfach eine Erweiterung oder Verbesserung der Anlage, Wegfall der Hypotheken oder Obligationen oder die Möglichkeit vor dem Kriege vorhandener Unterbemertungen bei den Anlogten nunmehr auszugleichen, gegenübersteht.“

Hier ist also offen zugegeben, daß in den meisten Fällen keine Einbuße an Vermögenssubstanz in der Inflation bei der Industrie eingetreten ist. Wenn von einer Entwertung der Effekten die Rede ist, so muß doch demgegenüber festgestellt werden, daß viele Gesellschaften während der Geldentwertung mit Papiermarktkrediten noch große Aktienposten zu niedrigem Goldmarktkurse erworben haben. Tatsache ist jedenfalls, daß in der Zeit der allgemeinen Volksoverarmung das Industriekapital sich von den Folgen der Geldentwertung freigehalten hat. Auch jetzt ist es bestrebt, zur „Erhaltung der Substanz“, die in Wirklichkeit eine Vermehrung des Vermögensbestandes ist, die Kosten aus dem Dawes-Abkommen nach Möglichkeit auf die breiteren Massen der wirtschaftlich schwächeren Verbraucher abzuwälzen. Fortgesetzt ruft man nach neuen Steuerermäßigungen und man verlangt Schutzzölle, die es ermöglichen sollen, die Steuerlast durch erhöhte Inlandspreise auf die Verbraucher und Arbeitnehmer abzuwälzen. Gleichzeitig verfolgt man eine Lohnpolitik, die auf die Bedürfnisse der arbeitenden Massen keine Rücksicht nimmt. Daß die Industrie neuerdings so stark mit den Deutschnationalen zusammen zu arbeiten sucht, — denn das ist letzten Endes der Sinn des von der Deutschen Volkspartei vertretenen Bürgerblockgedankens — liegt in derselben Richtung. Die Arbeiterschaft soll politisch und wirtschaftlich wehrlos gemacht werden. Sie wird das bei den nächsten Wahlen zu verhindern wissen.

S. Hoffmann Charlottenburg Wilmersdorfer Straße 12 empfiehl sein reichhaltiges Lager an selbstfabrizierter Herren- u. Knaben-Bekleidung

Ella Dehmel Inhaber: J. Berndt Neukölln Niemetzstraße 9 (Nähe Richardplatz) Kleiderstoffe Baumwollwaren

Scaurependen direkt preiswert Paul Gollets normaler Abnt Berg. Mariannenstr. 3. Kmt Reichpl. 10300

Sonderangebot! Anzüge u. Ulster 75.- 85.- 100.- nach Maß. Verwendung nur haltbarer Stoffe und Zusatz. Garantie für beste Passform. Reichhaltiges Lager fertiger Herren- u. Knaben-Garderobe Sport- und Berufskleidung Gummi- und Lodenmäntel J. Baer, Berlin N., Badsir. 26 Ecke Prinzenallee.

Bären-Stiefel für Herbst und Winter zuverlässig, dauerhaft, billig! Mans Bähr, Spittelmarkt 7 (vor der Brücke)

Fahrräder und Nähmaschinen Auf Teilzahlung Zettha, Berlin Leidenstraße Oranienburger Strasse 65

Mosen-Anders Reussstraße 25

Der gute Kapitän-Kaufabak (ist in den meisten Zigarrengehäusen erhältlich) C. Röcker, Berlin Lichtenberger Straße 22. Kgt. 3861 KAUSE-Pianos zur Miete Ansbacher Str. 1, 1. Obergeschoss

